

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 80 38/39  
Telex: 08 86 848 ppbn d

## Inhalt

Hans-Jochen Vogel, Mitglied des SPD-Präsidiums, formuliert Gedanken zum Münchner Parteitag: Zwischen Hoffnung und Sorge.

Seite 1

Klaus von Dohnanyi, Mitglied des SPD-Vorstandes, erläutert die Hamburger Stiftung für politisch verfolgte Schriftsteller: Ein Fundament für die Freiheit.

Seite 3

Anke Fuhs MdB setzt sich für das neue Arbeitsschutzgesetz ein: Fachleute bekunden Notwendigkeit.

Seite 4

Friedel Schirmer MdB untersucht den CDU/CSU-Antrag im Leistungssport: Mehr Widersprüche als Substanz.

Seite 6

Hans Wollow MdB kritisiert Gerd Bucorius: Helmut Schmidt ist der bessere Bundeskanzler.

Seite 7

37. Jahrgang / 72

16. April 1982

Zwischen Hoffnung und Sorge

Gedanken zum Münchner Parteitag

Von Dr. Hans-Jochen Vogel  
Mitglied des SPD-Präsidiums

Selten ist ein Bundesparteitag der SPD mit größerer Aufmerksamkeit erwartet worden wie der, der in der nächsten Woche in München stattfindet. Das gilt für den politischen Gegner, das gilt für den Koalitionspartner - es gilt auch für die Partei selbst. Dabei stehen in der Partei Hoffnung und Sorge, Hoffnung und Befürchtung dicht beieinander. Die Hoffnung, der Parteitag werde nach einer Serie von Rückschlägen und Niederlagen der sozialdemokratischen Politik neuen Auftrieb geben. Und die Befürchtung, er werde die Krise noch verschärfen.

In der Tat ist beides möglich, sind beide Ergebnisse denkbar. Ob schließlich das eine oder das andere eintritt, hängt von allen ab, die am Parteitag teilnehmen. Den Delegierten vor allem, denen, die dort als Gäste Rederecht haben - insbesondere aber von denen, die kraft ihrer Funktion oder kraft ihres Einflusses innerhalb der Partei als Meinungsführer auftreten. Keiner von ihnen wird nachher die Schuld für einen Fehlschlag auf den jeweils anderen abschieben können. Und jeder kann nur ernsthaft davor gewarnt werden, den Parteitag als eine Veranstaltung mißzuverstehen, die Rechtfertigungsgründe für Entwicklungen liefern soll, die als schon endgültig abgeschlossen angesehen werden.

Nein: Die Entscheidung über die nächste - und wohl auch über die weitere - Zukunft der SPD wird in München selbst getroffen. Und aus der Last dieser Verantwortung ergeben sich Folgerungen. Folgerungen zunächst für die Art des Umgangs miteinander: Das Ausmaß der Schwierigkeiten, in denen wir stecken, rührt zu einem guten Teil nicht von unseren Sachkontroversen, sondern von der Art und Weise her, wie wir sie austragen. Da schwingt zuviel Persönliches mit - bis hinein in die Führungs-Troika.



Da werden die Aufgaben der Partei und der Regierung oft nicht klar genug auseinandergehalten - mit der Konsequenz, daß Teile der Regierung jeden Parteibeschuß, der über die Linie der Regierung hinausgeht, als Stoß in den Rücken und Teile der Partei jede Maßnahme der Regierung, die von Parteibeschlüssen abweicht, als Mißachtung der Partei ansehen.

In München müssen diese Fehler vermieden werden. Solidarität ist keine Schönwetter-Phrase. Sie muß sich in der Krise bewähren. Daß die Partei über alle Meinungsverschiedenheiten hinweg in der Stunde der Bedrängnis auch heute noch zu großen Anstrengungen fähig ist, hat sie zuletzt im Frühjahr 1981 in Berlin gezeigt.

Das bedeutet kein Verkleistern von Gegensätzen zu kontroversen Themen. Das bedeutet aber Konzentration auf das, was wirklich streitig ist, und dazu müssen dann auch alle Argumente auf den Tisch.

In der Friedens- und Sicherheitspolitik ist nicht streitig, daß der Rüstungswettlauf der Weltmächte so rasch wie möglich gestoppt werden muß. Streitig ist, ob zu diesem Zweck der Beschluß von Berlin auf diesem Parteitag geändert werden muß. Mit Helmut Schmidt und Egon Bahr glaube ich, daß der Berliner Beschluß nicht geändert werden sollte! Daß jede Änderung viel mehr innen- und außenpolitisch zusätzliche Unsicherheit schaffen, die Entwicklung unberechenbarer machen und uns des konstruktiven Einflusses berauben würde, den Helmut Schmidt bisher - übrigens auch auf dem Hintergrund der deutschen und der internationalen Friedensbewegung - auf das Zustandekommen und den Fortgang von Verhandlungen nehmen konnte.

In der Frage der Kernenergie muß entschieden werden, ob unter den bisherigen Bedingungen gegebenenfalls mit dem Bau eines neuen Kernkraftwerkes begonnen werden oder ob auf den Bau neuer Werke völlig verzichtet werden soll. Ich glaube, daß in der Wachstumspolitik schon auf mittlere Sicht eine Kurskorrektur notwendig ist, weil das weitere ungenügende Wachstum auf objektive Hindernisse stößt, auf einzelnen Sektoren einen unverhältnismäßig hohen Preis fordert.

Daß der Schnitt in der Kernkraftwerksfrage jetzt vollzogen, daß die eine der beiden Optionen jetzt geschlossen werden muß, erscheint mir aber nicht genügend dargetan. Darum geht der Streit, und da der Vorschlag der Antragskommission, ein Baubeginns- (nicht ein Genehmigungs-) Moratorium von zwei Jahren vorzusehen, von beiden Seiten abgelehnt worden ist, muß er durch Mehrheitsbeschluß entschieden werden.

Bleibt an wesentlichen Themen die Wirtschafts-, insbesondere die Beschäftigungspolitik. Hier besteht offenbar weiterhin ein Bedürfnis, die sozialdemokratischen Positionen deutlich zu markieren, deutlicher als es in der Koalition möglich war. Der Kanzler wird dazu - wie schon einmal Willy Brandt auf dem Steuerparteitag 1971 - gegebenenfalls klarstellen müssen, daß und welche Punkte er in der Koalition nicht verwirklichen kann. Als ein Veto dagegen, daß die Partei weitergehende Ziele und Absichten artikuliert, würde eine solche Klarstellung aber kaum zu verstehen sein.

Bei den Personal-Entscheidungen sollte ebenfalls deutlich werden, daß die Partei zusammenrückt. Daß sie keine Denk- und Diskussionsverbote kennt, daß sie aber die geschlossene Vertretung der gefundenen Entscheidungen wünscht. Daß sie nicht vorhandene Brücken zu Bevölkerungsgruppen und -schichten abbricht, ohne deren Zustimmung sie ihren geschichtlichen Auftrag nicht erfüllen kann. Und dieser Auftrag lautet nicht, vorhandene Besitzstände und Strukturen nach Art einer Wagenburg zu verteidigen, sondern er lautet, unsere Gesellschaftsordnung immer aufs Neue zu prüfen und im Sinne unserer Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität fortzuentwickeln. (-/16.4.1982/hl/ca)

+ + +



Ein Fundament für die Freiheit  
-----

Hamburg errichtet eine Stiftung für politisch verfolgte Schriftsteller

Von Dr. Klaus von Dohnanyi

Erster Bürgermeister von Hamburg und Mitglied des SPD-Vorstandes

Hamburg will ein Zeichen setzen: Die vom Senat der Hansestadt jetzt bekräftigte Absicht, eine Stiftung zu errichten, die es insbesondere politisch verfolgten Schriftstellern erlaubt, ohne materielle Sorgen ihre Stimme für Demokratie und Freiheit ihres Heimatlandes hörbar zu machen.

Dieser Gedanke hat, nachdem er öffentlich wurde, sofort spürbare Zustimmung erfahren. Das macht Mut. Zum einen zeigt dies, daß die freiheitliche und demokratische Tradition der Stadt überaus lebendig ist. Zum anderen wird deutlich, daß die Erfahrungen, die deutsche Schriftsteller während der Herrschaft des Nationalsozialismus als Emigranten gemacht haben, unvergessen sind.

Nicht nur die deutsche Literatur wäre ärmer, ohne das Wirken von Heinrich und Thomas Mann, von Brecht und Musil, von Zweig und Remarque und Broch und Hesse im Exil. Auch der demokratischen Wirklichkeit in unserem Land seit 1945 würde ohne die Arbeit der emigrierten deutschen Schriftsteller während der nationalsozialistischen Diktatur ein wichtiger Baustein fehlen.

Freiheit und Poesie gehören zusammen. Hamburg wird durch diese Stiftung für politisch Verfolgte helfen, daß diese sich Gehör verschaffen und, stellvertretend für alle politisch Verfolgten, in ihrer Heimat für den Schutz und die Wiederherstellung der Menschenrechte einsetzen können.

(-/16.4.1982/ks/ca)

+ + +



**Fachleute bekunden Notwendigkeit**  
-----**Das Arbeitsschutzgesetz - eine zeitgemäße und einheitliche  
Grundlage zum Schutz der Arbeitnehmer**

Von Anke Fuchs MdB

Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung

Seit Dezember vorigen Jahres liegt der Öffentlichkeit der Entwurf eines Arbeitsschutzgesetzes vor. Das Bundesarbeitsministerium hat damit umgesetzt, was Bundeskanzler Helmut Schmidt am 24. November 1980 in der Regierungserklärung angekündigt hat. Auch der Deutsche Bundestag hat sich im Sommer 1981 einstimmig für ein solches Gesetz ausgesprochen. Vor diesem Hintergrund scheint die in dieser Woche publizierte generelle Ablehnung der Arbeitgeber zum Arbeitsschutzgesetzentwurf unverständlich. Ihre Vorwürfe sind zudem unberechtigt. Darüber hinaus sollten die Vertreter der deutschen Arbeitgeber nicht übersehen, daß das Vorhaben auch in ihrem Interesse liegt. Denn Verbesserungen des Arbeitsschutzes führen - wie die Vergangenheit gezeigt hat - letztlich zu Kostenentlastungen für die Wirtschaft, weil dadurch die Zahl der Arbeitsunfälle weiter vermindert wird und Gesundheit und Arbeitskraft der Arbeitnehmer länger erhalten bleiben.

Das Arbeitsschutzrecht ist wie kaum ein anderes Rechtsgebiet vom ständig fortschreitenden technischen Wandel betroffen. Auf neue Gefahren, die die technische Entwicklung für die Arbeitnehmer mit sich bringt, muß das Arbeitsschutzrecht immer wieder rechtzeitig und angemessen reagieren. Die Grundlagen unseres heute geltenden Arbeitsschutzrechts stammen jedoch noch weitgehend aus dem vergangenen Jahrhundert. Der wichtige Arbeitszeitschutz stammt aus der nationalsozialistischen Zeit. Die Notwendigkeit, für das weite Gebiet des Arbeitsschutzes eine zeitgemäße und vor allem auch einheitliche Grundlage zu schaffen, ist deshalb seit langem in Fachkreisen anerkannt.

Diesem Ziel dient der Entwurf des Arbeitsschutzgesetzes. Er ordnet nicht nur die Vorschriften und Regeln, sondern erweitert und verbessert den Arbeitsschutz da, wo es notwendig ist. So soll das neue Arbeitsschutzgesetz für alle Arbeitnehmer gelten, denn Leben und Gesundheit aller Arbeitnehmer müssen gesetzlich geschützt werden. Deshalb sollen die Arbeitsschutzbestimmungen aus der Gewerbeordnung herausgelöst werden, sie sollen für alle Arbeitnehmer gelten, nicht nur für die in der gewerblichen Wirtschaft. Rechte und Pflichten von Arbeitgebern und Arbeitnehmern werden klar festgelegt. Die Arbeitgeber sollen beispielsweise verpflichtet werden, dafür zu sorgen, daß die für den betrieblichen Arbeitsschutz verantwortlichen Personen die ihnen obliegenden Arbeitsschutzpflichten erfüllen. Und die Arbeitnehmer bekommen zum Beispiel das Recht, bei Gefahr für Leben und Gesundheit ihre Arbeit einzustellen. Der bisherige Frauenschutz soll auf einen gesundheitlich notwendigen Kern zurückgeführt und damit die Chancengleichheit der Frauen im Arbeitsleben verbessert werden.

Ein weiterer wichtiger Komplex ist die Neuordnung des Arbeitszeitschutzes. Die überholte Arbeitszeitordnung von 1938 soll durch einen modernen, den heutigen Verhältnissen angemessenen Arbeitszeitschutz abgelöst werden. Wöchentliche Arbeitszeiten von 60 beziehungsweise 72 Stunden müssen grundsätzlich der Vergangenheit angehören. Die neue Regelung soll sich auf wenige Höchstgrenzen der Arbeitszeit beschränken und



flexibel sein. Sie überläßt den Tarifvertragsparteien den Gestaltungsspielraum, damit diese den unterschiedlichen branchenspezifischen Erfordernissen und den unterschiedlichen örtlichen Besonderheiten entsprechende Arbeitszeitregelungen treffen können.

Diese Regelungen, von denen ich hier die wichtigsten nennen konnte, sind fortschrittlich, jedoch nicht revolutionär. Dennoch kritisiert insbesondere die Unternehmenseite, es würde zu viel Überflüssiges im Gesetz geregelt. Diese Kritik ist überzogen und läßt sich leicht widerlegen. Wenn die Arbeitgeber verlangen, die Zielsetzung des Arbeitsschutzes auf die Bekämpfung von Unfällen und Berufskrankheiten zu verengen, so ist das der Versuch, auf die sozialpolitische Landschaft von vor 1969 zurückzugehen. Zum Arbeitsschutz gehört aber der Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer. Und dieser Gesundheitsschutz ist seit 1969 fortentwickelt worden, und in Gesetzen wie dem Betriebsverfassungsgesetz, dem Arbeitssicherheitsgesetz oder der Arbeitsstättenverordnung fest verankert. Diese Zielsetzung greift der Arbeitsschutzgesetzentwurf logischerweise auf.

Es fehlt natürlich auch nicht der Vorwurf, der Gesetzentwurf brächte für die Wirtschaft neue bürokratische Hemmnisse. Das ist ein pauschaler und bei vielen Gesetzen vorgebrachter Vorwurf, der in diesem Fall jeglicher Grundlage entbehrt. Der Entwurf ist weithin als Rahmengesetz konzipiert, er enthält die Arbeitsschutzpflichten des Arbeitgebers in ihren Grundsätzen, eröffnet die jeweils notwendige Anpassung des Arbeitsschutzes durch den Ordnungsgeber und bestätigt im übrigen die Fortgeltung der bisher erlassenen Arbeitsschutzverordnungen. Damit erweist sich gleichfalls die Behauptung als falsch, mit diesem Gesetz würde "Bewährtes" aufgegeben.

Unverständlich ist mir auch die Kritik der Arbeitgeber an der vorgesehenen Regelung der Arbeitszeit. Wir haben die perfekte Regelung der Arbeitszeitordnung von 1938 abgelöst durch einen gesetzlichen Rahmen mit einigen Eckdaten, dessen Ausfüllung im wesentlichen den Tarifvertragsparteien überlassen werden soll. Dabei ist diese Regelung so flexibel, daß man sich angesichts der Tatsachen, daß über 90 Prozent der Arbeitnehmer in der Bundesrepublik die 40-Stunden-Woche haben, fragt, was eine Regelung sollte, die von der Wirklichkeit meilenweit entfernt ist. Und zu guter letzt fehlt natürlich auch der Vorwurf nicht, das Vorhaben würde zu zusätzlichen Kostenbelastungen der Unternehmer führen. Konkret wird bei diesem Vorwurf aber niemand. Das ist auch nicht möglich, denn die geplanten Vorschriften bringen keine zusätzlichen Kosten mit sich.

Der Arbeitsschutzgesetzentwurf entwickelt bisherige Entwicklungen weiter. Wer die gesetzliche Absicherung unseres Arbeitsschutzsystems als nicht annehmbar und überzogen ablehnt, wird unglaubwürdig. Arbeitsunfälle verursachen hohe Kosten und Folgekosten. Aber viel ausschlaggebender für eine ständige Verbesserung des Arbeitsschutzes ist das menschliche Leid eines vermeidbaren Arbeitsunfalls, das nicht hingenommen werden kann. Wir müssen deshalb die Sicherheit an den Arbeitsplätzen weiter ausbauen und dafür sorgen, daß immer weniger Arbeitnehmer einen Arbeitsunfall erleiden oder in ihrer Gesundheit beeinträchtigt werden. Deshalb brauchen wir - wie der Bundeskanzler in der Regierungserklärung angekündigt hat - ein neues Arbeitsschutzgesetz. (-/16.4.1982/ks/ca)

+ + +



Mehr Widersprüche als Substanz

Der CDU/CSU-Antrag zum Leistungssport

Von Friedel Schirmer MdB

Sportpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Der von der CDU/CSU jetzt im Bundestag eingebrachte Antrag "Förderung des Leistungssports" ist weder überzeugend noch wegweisend. Zu vermuten ist, daß diese Aktion ähnlich wenig bewegt wie der in der Versenkung verschwundene Oppositionsantrag für einen "Bundesportplan".

Mit der Diktion des Antrags wird der Eindruck erweckt, als solle die gesamte Sportwelt mit neuen Werten und Zielen beglückt werden. In Wirklichkeit aber sind diese Werte und Ziele durch die Sportpolitik der sozialliberalen Koalition längst realisiert. Bei gründlicher Betrachtung aber sind Widersprüche erkennbar, die auch durch wiederholte Polemik nicht besser werden.

Die positiven Seiten des Sports, die entscheidend sind für die öffentliche Förderung, bleiben in dem umfänglichen Text unerwähnt: die vermittelte Freude, der Nutzen für Gesundheit, der Freizeitwert, der pädagogische Einfluß, das Erleben von und in Gemeinschaft, die sozialen Aufgaben des Sports.

Darauf aber kommt es für die öffentliche Sportförderung entscheidend an, weil auch der Leistungssport seine oft beispielgebenden Aufgaben erfüllt. Gerade für diesen wesentlichen Bereich der Bundeszuständigkeit aber wurden besonders nach 1969 herausragende Ergebnisse erzielt. Wesentlich dafür ist vor allem, daß sich seitdem zunehmend ausgeprägtes Verständnis und Wollen der Partnerschaft zwischen dem Sport und der Politik. Auf dieser Grundlage wurden von den Sportorganisationen unter anderem beispielhaft gestaltet und vom Bund gefördert: Das Bundesinstitut für Sportwissenschaft, die Bundesleistungszentren, die Landesleistungszentren und Stützpunkte mit Bundeszuwendungen. Die Trainer-Akademie, sportärztliche Untersuchungsstellen, die Führungs- und Verwaltungsakademie, Sportschulen und Sportförderungen der Bundeswehr, die Sportbriefmarken mit den Erlösen für die Stiftung Deutsche Sporthilfe. Darauf muß doch hingewiesen werden, wenn und weil der Sport und die Politik solche Förderungen auch künftig fortführen wollen.

Nachzulesen ist dies und mehr in den von der sozial-liberalen Bundesregierung gegebenen Sportbericht und den dazu vom Deutschen Bundestag einvernehmlich gefaßten Entschlüssen. Auch bei weiteren Maßnahmen werden Sozialdemokraten verlässliche Partner des Sports bleiben. Zu hoffen ist, daß dies auch von der Opposition gewollt bleibt. Die Sportorganisationen, vor allem der Deutsche Sportbund, das NOK für Deutschland, die Bundesport-fachverbände und die Stiftung Deutsche Sporthilfe werden den Text des CDU/CSU-Papiers insoweit besonders aufmerksam prüfen.

Wir Sozialdemokraten setzen uns weiter nachdrücklich dafür ein, daß der Sport in allen Bildungsbereichen als ein wesentliches Mittel für Erziehung und Bildung genutzt wird. Daher haben wir das "Aktionsprogramm Schulsport" auf vielen Ebenen mitgestaltet und mitgetragen. Aus diesem Grund dringen wir weiter darauf, daß die Neufassung des "Aktionsprogramms für Schul- und Hochschulsport" als Gemeinschaftsinitiative von Bundesländern, Kommunalen Spitzenverbänden, Bund und Deutschem Sportbund erhalten bleibt. Auch die CDU/CSU kann dabei ihre Absichten mit einbringen.

Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion wird bei den Beratungen eine Bilanz über die Förderung des Leistungssports ziehen. Sie wird - wie bisher - alle Vorschläge prüfen und nach Lösungen streben, damit die Förderung des Bundes für den Sport möglichst zweckmäßig und wirkungsvoll ist.

(-/16.4.1982/hi/ca)

+ + +



Gerd Bucerius irrt

-----  
Helmut Schmidt ist der bessere Bundeskanzler

Von Hans Wallow MdB

Sich als Politiker der Realität zu stellen, heißt auch die Sehnsüchte, um nicht zu sagen, die Wahlvorstellungen seiner Mitbürger wahrzunehmen. Der von Bucerius und der Mehrheit der Bevölkerung geäußerte Wunsch nach Harmonie innerhalb der Regierungskoalition darf daher nicht einfach ignoriert werden. Aber das heißt noch lange nicht, daß man ihm nachgibt.

Es muß die Frage erlaubt sein, ob der Wunsch nach Harmonie in der Politik nicht in das Reich der Utopie gehört, wie sie etwa von unserer Regenbogenpresse herbei-gezaubert wird. Der Verleger der Wochenzeitung "Die Zeit" braucht nur in diese Sparte überzuwechseln, wo er dann täglich Druckerzeugnisse aufschlagen kann, die garantiert ohne Meldungen über die ach so unschönen Koalitionsstreitigkeiten sind. Da kann er die ersehnte harmonische, weil entdifferenzierte Welt genießen.

Also, es überrascht mich wirklich, daß der Journalist und ehemalige Politiker Bucerius nicht erkennt, daß die seit langem schwelende Regierungskrise auch eine Krise des politischen Journalismus ist. Kaum war diese Regierung gebildet und das erste Knirschen zu hören, wurde Tag für Tag - vergleichbar mit den tibetanischen Gebetsmühlen - die eine stupide Frage gestellt: Hält die Koalition oder zerbricht sie?

Man beschränkte sich immer mehr auf die Darstellung von Ablaufproblematiken und den darin agierenden Politikern. Die Auseinandersetzungen innerhalb der Regierungsparteien und der Koalition haben aber, wie immer, ihren handfesten materiellen Hintergrund. Es handelt sich um Verteilungskämpfe, die arg jungfernhaft im Stil einer "Fettknäpfchen-presse" bewertet werden. Über diese massiven politischen Interessen muß es aber doch öffentliche Meinungsverschiedenheiten geben dürfen, ohne daß täglich verschreckt nach dem Bestand der Regierung gefragt wird.

Es geht doch um nichts weniger als um die Fortführung der Friedens- und Abrüstungspolitik, die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, die Energiesicherung im Einklang mit einem sozialen Umweltschutz. Es sind allein die Regierungsparteien SPD und FDP, die sich den veränderten Realitäten in der Diskussion gestellt haben. Dort, wo sie es versäumten, gibt es jetzt "Grüne".

Kommt es darum nicht einer Anti-Aufklärung gleich, wenn das alles als Parteiengezänk und Flügelkämpfe verkauft wird? Die Auseinandersetzungen in diesen beiden politischen Willensbildungsgemeinschaften sind Ausdruck des Strukturwandels innerhalb einer hochentwickelten Industrienation zum Ausklang des 20. Jahrhunderts. Es verbietet sich Politikern und politischen Journalisten, die dabei entstehenden Tagesturbulenzen ständig als Katastrophe zu beklagen. Wir müssen sie aushalten. Ein Politiker, der das heute schon in einem hohen Maße leistet, ist Helmut Schmidt. Die Mehrheit der Bevölkerung wiederum erkennt das und ist deshalb nicht grundsätzlich gegen ihn und seine Politik eingestellt.

Natürlich hätte auch er es gerne etwas bequemer, leitmotivartig wie bei Richard Wagner und die SPD geschlossen hinter-sich-hermarschierend. Nur: Diese Partei mit ihren 980.000 Mitgliedern ist eine moderne Volkspartei, keine kaiserliche Kadettenanstalt.

Es ist für einen politischen Journalisten durchaus lohnend, sich auf der Suche nach der politischen Macht das Innenleben der größten und ältesten Partei einmal etwas genauer anzusehen. Es besteht nicht nur aus Ministern, Vorsitzenden und Parteisekretären mit



Vorzimmer und Telefon. Es gibt da auch noch Tausende von aktiven Mitgliedern in den Ortsvereinen, Arbeitsgemeinschaften und Kommunalparlamenten, die täglich von den eigenen Freunden und Mitbürgern aufs Neue beurteilt werden. Deshalb haben auch sie Teilhabe an der Macht und es schadet unserer jungen Demokratie keinesfalls, daß sich ein Teil der Macht von der ersten Führungsgarnitur auf mehr politisch aktive Bürger in den Mittelbau verlagert hat.

Nach meiner Beobachtung tut sich Helmut Schmidt damit etwas schwer. Dabei gebe ich gerne zu, daß die SPD aus ihrer Geschichte heraus sich auch schwertut mit jedweder Art von Regierung. Auch dann, wenn sie aus ihren eigenen Reihen heraus gestellt wird. Deshalb bleibt Helmut Schmidt die Anerkennung für seine politische Leistung vielfach versagt. Kaum jemand in der eigenen Partei hat richtig registriert, mit welcher Entschiedenheit dieser Mann das Ausbildungsplatzförderungsgesetz für neue Lehrstellen gegen die massive Abwehr der Wirtschaft und des Bundesrates durchgeboxt hat. Das Gesetz ist nicht angewandt worden, aber es tat als "Drohgesetz" seine Wirkung. Ergebnis: Über 200.000 Lehrstellen wurden für die geburtenstarken Jahrgänge zusätzlich geschaffen. Andere Beispiele sind: Abbau des Numerus Clausus, Künstlersozialversicherungsgesetz, Verbesserung der Situation der Ausländerkinder und eine Reihe lebensnotwendiger Umweltschutzgesetze - jede dieser Initiativen für sich eine ausführliche publizistische Stellungnahme wert.

Selbst professionelle Beobachter verkennen den sozialdemokratischen Anteil seiner Politik, weil er sich als Bundeskanzler es versagt, zu oft als Parteipolitiker aufzutreten. Sätze wie die des Außenministers Genscher im ZDF: "Zuerst sind wir Freie Demokratische Partei und erst in zweiter Linie Koalitionspartner.." sind für Helmut Schmidt undenkbar.

Ein Grund mehr für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen dem SPD-Vorsitzenden Willy Brandt und dem Regierungschef. Daß es da am Gespräch hapert, ist sicher keine falsche Wahrnehmung. Die SPD-Mitglieder sollten sie wie die Kardinäle bei der Papstwahl mit dem Zwang zur Einigung ins Konklave schicken dürfen.

Daraus aber nun zu schließen, daß Helmut Schmidt sich nicht in wichtigen Bereichen in Übereinstimmung mit seiner Partei befindet, ist erstens ein Irrtum und zweitens auch nicht immer notwendig. Denn die Partei darf umfangreicher und länger fordern, als die Regierung umsetzen kann. Die SPD unterstützt den Regierungskurs in der Polenkrise und in der Entspannungspolitik. Es hat sich herumgesprochen, daß es die Leistung von Helmut Schmidt war, die USA und die UdSSR in Genf zu ernsthaften Verhandlungen zu veranlassen.





Die wunden Punkte liegen doch woanders: Der SPD wird vom Bürger zu Recht die Kompetenz für "Soziales" zugeschrieben. Sie ist deshalb deprimiert, weil ihr schmerzhaft eingegriffen in die Sozialgesetzgebung zugemutet werden. Aber daraus zu folgern, für den Kanzler gäbe es kein Fundament mehr, heißt die 120jährige Tradition in sozialdemokratischer Solidarität zu übersehen. Zugegeben, an der Art, wie Konflikte öffentlich ausgetragen werden, läßt sich einiges verbessern. Die dabei benutzten "Stil"-Mittel sollten mehr unseren humanen Zielen entsprechen.

Aber kein Sozialdemokrat wird trotz heftiger Meinungsverschiedenheiten zu dem Ergebnis kommen, die Regierungsverantwortung sei einer Partei zu übertragen, deren Exponent Franz Josef Strauß unsere nationalen Interessen kürzlich an der Garderobe des Weißen Hauses abgegeben hat. Niemand will von uns die Redlichkeit von Helmut Kohl bestreiten - aber verfügt er über ernsthafte Vorschläge zur Lösung der Probleme der nächsten Jahrzehnte? Die Regierung Helmut Schmidt hat mit der Verabschiedung des Haushalts 1982 die Anpassung an neue wirtschaftliche Gegebenheiten schnell vollzogen. Es wird gespart und investiert: Das verhindert eine schmerzhaft Entwicklung wie in Großbritannien.

Worin besteht die Faszination eines Helmut Kohl? Etwa in seinem Harmoniebedürfnis - oder in seiner Standfestigkeit? Mag sein, daß er ein Mann ist, den man "gern hat", aber beeindruckt das auch die Falken im Kreaml oder in Washington?

Die Bundesregierung braucht einen Regierungschef wie Helmut Schmidt: intelligent, sachverständig, professionell und doch moralisch verankert. Das Regieren ist heute viel schwieriger geworden als unter Adenauer und Erhard - unsere Probleme sind komplizierter, die Koalitionsparteien keine Wahlvereine mehr.

Einen Regierungswchsel also nicht wegen faszinierender Alternativen, sondern nur um der gestärkten Harmonie willen? Ein Kanzler Helmut Kohl, der sein Kabinett "sanft in seine Richtung lenkt"? Franz Josef Strauß wird sich über eine solche Vorstellung köstlich amüsieren.

(-/16.4.1982/hl/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

